



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Maßebliches und Unmaßgebliches

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Maßgebliches und Unmaßgebliches

Reichs Spiegel

Berlin, 21. Februar 1909

(Der Reichskanzler und der Deutsche Landwirtschaftsrat. Die Lage der Reichsfinanzreform. Steuerpolitische Betrachtungen. Verkehrssteuern und Erhöhung der Telephongebühren. Fürst Radolin.)

Der Deutsche Landwirtschaftsrat hat in der vergangenen Woche getagt und sich während dieser Zeit, wie alljährlich, zu einem Festmahl vereinigt, zu dem auch der Reichskanzler als Gast erschienen war. Fürst Bülow pflegt diesen Anlaß, bei dem er mit der berufenen Vertretung der deutschen Landwirtschaft in Berührung kommt, regelmäßig zu einer Aussprache zu benutzen, in der er zu wichtigen, die landwirtschaftlichen Interessen und die allgemeine Politik berührenden Fragen Stellung nimmt. Diesmal wurde die übliche Kundgebung vielleicht mit noch größerer Spannung erwartet als sonst, weil die politische Lage den Gedanken nahelegt, daß der Reichskanzler bei der Landwirtschaft einen starken Widerstand gegen die Durchführung der gegenwärtig wichtigsten Aufgabe, der Reichsfinanzreform, findet. Die Gegnerschaft der Agrarkonservativen gegen die Nachlaßsteuer erschwert, wie wir schon öfter ausgeführt haben, das Zustandekommen der Reform, weil die Liberalen das Opfer, das sie an ihren Prinzipien durch die Zustimmung zur Erhöhung der indirekten Steuern auf den Massenkonsum zu bringen bereit sind, nur für den Fall in Aussicht stellen können, daß auch die Konservativen durch Zustimmung zu einer direkten Besteuerung des Besitzes prinzipielle Zugeständnisse machen. Nun ist aber außer der Nachlaß- und Erbschaftsteuer bisher noch keine Möglichkeit nachgewiesen worden, wie man ohne Störung der Finanzwirtschaft der Einzelstaaten und ohne Eingriffe in ihre Finanzhoheit den Besitz von Reichs wegen direkt besteuern könnte. Deshalb sind die verbündeten Regierungen gezwungen, an der Nachlaßsteuer und der stärkern Heranziehung der Erbschaftsteuer festzuhalten. Bei der Schärfe der agrarischen Opposition besteht infolge dieser Verhältnisse die Gefahr, daß sich die Lage in einer der Regierung nicht genehmen Weise verschiebt. Das war allem Anschein nach der Grund, weshalb Fürst Bülow gern die Gelegenheit wahrnahm, an seine grundsätzliche Stellung zu den landwirtschaftlichen Interessen zu erinnern. Bei dem Festmahl des Deutschen Landwirtschaftsrats hat er diesmal seinen Zuhörern ins Gedächtnis zurückgerufen, daß er schon im Herbst 1900, als er nach seiner Ernennung zum Reichskanzler dem Kaiser den ersten Vortrag hielt, die Zustimmung zu seinem landwirtschaftlichen Programm erbeten und erhalten habe, und daß er seinen Anschauungen über die Bedeutung der Landwirtschaft immer treu geblieben sei. Und sein Bestreben, auch jetzt die Interessen der Landwirtschaft ihrer Bedeutung für den Staat entsprechend zu berücksichtigen, betonte er noch weiter auf das nachdrücklichste. Dabei war freilich auch der Übergang gegeben zu der wichtigsten Tagesfrage, in der einstweilen noch keine Harmonie zwischen der Regierung und der Landwirtschaft besteht. Es wäre natürlich für den Reichskanzler in diesem Zusammenhange und an dieser Stelle unmöglich gewesen, sei es den bestehenden Gegensatz in ein besonders helles Licht zu rücken oder auch so etwas wie einen Überredungsversuch zu machen. Es war wichtiger, unter Hervorhebung seiner grundsätzlichen Stellung zur Landwirtschaft vertrauensvoll an die allgemeine Opferwilligkeit zu appellieren und in einigen kurzen Sätzen die Bedeutung der Reichsfinanzreform sowie das Unheil, das aus dem Versagen der Opferwilligkeit in frühern Perioden der Geschichte entsprungen ist, zu kennzeichnen.

Wir sind auch heute noch der Ansicht, daß mit Worten nicht viel ausgerichtet werden kann, eine andre Meinung über die Frage der Erbschafts- und Nachlaßsteuer herbeizuführen. Denn einstweilen steht bei den Leuten, die sich mit der ganzen zähen und stillen Leidenschaftlichkeit des echten deutschen Doktrinärs in ihr Prinzip festgebissen haben, immer noch die Überzeugung im Hintergrunde: Es geht auch anders! Etwas anders wird und muß die Sache doch aussehen, wenn die Unerbittlichkeit der Tatsachen zu wirken anfängt, wenn sich ernstlich herausstellt, daß alle die Mittel und Mittelchen, mit denen sich der Parteieigensinn um Notwendigkeiten herumzudrücken versucht, etwas unausführbares und unannehmbares ergeben, wenn es den Leuten klar wird, daß ihr Versagen wirklich das Scheitern des ganzen Werks herbeiführen muß. Es scheint, daß wir uns allmählich diesem Zeitpunkt nähern. Die Subkommission, die die Finanzkommission des Reichstags eingesetzt hat, um über die Frage der Nachlaß- und Erbschaftssteuer eine Einigung herbeizuführen, hat, soviel bis jetzt bekannt geworden ist, ihre Aufgabe nicht zustande gebracht. Dafür liegen bestimmte Gründe vor, die einstweilen nicht ans Licht gezogen zu werden brauchen, weil diese Erörterung nicht dem Nutzen der Sache dienen würde. Zwar wurde die Nachricht verbreitet, es sei zu einer Einigung gekommen, und es ist auch möglich, daß die Subkommission mit einem solchen Vorschlag an die Kommission herantritt. Wenn aber das Ergebnis der Einigung so lautet, wie berichtet wird, dann ist es vollkommen zwecklos, überhaupt davon zu sprechen, denn es ist eine Lösung, die die liberalen Parteien niemals annehmen können. Wir stehen also vor einem Vakuum. Die Parteien haben nun zur Genüge gezeigt, was sie einzeln wollen und was sie nicht wollen; jetzt ist es ihre Aufgabe, zu zeigen, was sie zusammen wollen und können. Endet diese Probe wirklich negativ, wie es sich bis jetzt anläßt, so werden unsre Herrn Volksvertreter recht unangenehme Erfahrungen machen. Ihr Gedankenkreis bewegt sich noch immer in dem alten Geleise; sie leben in der Vorstellung, daß sich der Volksvertreter seinen Wählern angenehm macht, wenn er nach der Weise der alten Fortschrittspartei dem Staate ein paar Groschen abzujagen versteht und darin seine ganze politische Weisheit sucht. Aber heute trifft das nicht mehr zu. Zwar das Steuerzahlen ist dem deutschen Philister auch heute noch ein lästiges Geschäft, so lästig, daß ihm beim Käsonieren darüber am Stammtisch die Kehle trocken wird, und er notwendig ein Glas Bier mehr hinunterspülen muß, und da wirkt es wiederum höchst peinlich, wenn das Bier den Produzenten infolge höherer Besteuerung ein bis zwei Pfennige mehr für das Liter kosten soll, und der Wirt deshalb die heilige Verpflichtung im Busen fühlt, den Konsumenten fünf bis zehn Pfennige für das Liter mehr abzunehmen. Indessen alles das zugegeben, täuschen soll man sich trotz allen diesen Schwächen nicht in der allgemeinen Stimmung. Das deutsche Volk will die Finanzfrage endlich einmal in Ordnung gebracht sehen. Der gesunde Gemeinssinn ist stark genug geworden, um die Bedeutung der Frage endlich zu erfassen. Die Gebildeten erkennen deutlich den Zusammenhang der Finanzlage des Reichs mit seiner Sicherheit und Machtstellung. Die Geschäftsleute empfinden die Nachteile der finanziellen Lage auf dem Geldmarkte und an vielen Einzelheiten ihrer täglichen Erfahrungen im Handel und Wandel. Das geschäftliche Leben ist ja auch großzügiger geworden; die Leute sehen nicht mehr mit der engherzigen Sorge auf geringfügige Geldopfer, wenn sie die Überzeugung haben, daß die allgemeine Lage dadurch verbessert wird und auf die privatwirtschaftlichen Verhältnisse festigend und klärend zurückwirkt. Das Feilschen der Interessentenkreise, die sich hinter Parteien und Abgeordnete stecken, um Sondervorteile herauszuschlagen, ist heute nicht mehr nach dem Sinne der Mehrheit des Volks; die

Regierung hat also, wenn sie festbleibt, jetzt die allerbeste Stütze gegen die kleinen Quertreibereien, an denen die Reichsfinanzreform zu scheitern droht. Nur das wird unter allen Umständen verlangt, daß nicht der Verbrauch allein besteuert wird, um den Reichsbedarf zu decken, sondern daß auch irgendwie der Besitz dazu herangezogen wird.

Übrigens ist es sehr bemerkenswert, wie sich die Anschauungen über die geeignetste Art der Besteuerung im Laufe der Zeit wandeln. In alten Zeiten fand man gar nichts darin, Verbrauchsartikel mit Abgaben — und noch dazu Abgaben von nicht selten außerordentlicher Höhe — zu belegen, während eine uns oft geradezu unverständliche Überempfindlichkeit in bezug auf die unmittelbare Besteuerung des freien Besitzes herrschte. Der Historiker kann den Grund leicht aufdecken; die auf dem Verbrauch ruhenden Abgaben waren den herrschenden Anschauungen geläufig, weil sie zum großen Teil aus alten Regalien stammten und mit dem Wirtschaftssystem der Zeit und der ursprünglichen Beschaffungsweise der Artikel in Zusammenhang standen, während die direkten Steuern wesentlich an den Gedanken der Unfreiheit und Abhängigkeit — einem Gedanken, der damals größere rechtliche Bedeutung und ganz andre Konsequenzen hatte — gebunden waren und deshalb, wo es irgend anging, abgelehnt wurden. Der abstrakte Staatsbegriff als Verkörperung eines für das Gemeinwohl wirkenden Willens war noch nicht genügend befestigt, um das streng individualisierte Eigentumsrecht nach irgendeiner Richtung erweitern zu können. Heute ist es nun gerade umgekehrt geworden. Der Staatsbegriff hat sich durchgesetzt, und man verzieht dem Staate auch den Eingriff in das individuelle Eigentumsrecht, wenn er einer durch seine Zwecke bedingten Notwendigkeit und der sozialen Gerechtigkeit dient. Und weil man heute alles nach dem Maßstabe der sozialen Gerechtigkeit mißt, darum zieht man heute die Besteuerung des Besitzes sogar der Besteuerung des Verbrauchs vor, soweit nicht etwa Luxussteuern in Frage kommen. Aber von diesem strengen Schema kommt man, der Not gehorchend, auch schon wieder ab. In den Luxussteuern scheinen sich die Neigungen derer, die die Steuerpflicht möglichst von der direkten Belastung des Besitzes auf die indirekte des Verbrauchs abwälzen wollen, und derer, die vornehmlich die besitzenden Klassen treffen wollen, zu begegnen. Nur schade, daß die Luxussteuern nichts einbringen. Und wenn man dann einen Luxus als Steuerobjekt sucht, das vielleicht doch einigermaßen einträglich sein könnte, dann stößt man auf die Frage: Was ist Luxus? Man entdeckt, daß es zahlreiche Übergänge vom absolut notwendigen Verbrauch zum Luxus gibt, und daß jede Grenze, die innerhalb dieses Übergangsbereichs gezogen wird, mehr oder weniger willkürlich ist. Wenn der Begriff „soziale Gerechtigkeit“ ernst genommen wird und nicht nur ein verhüllender und beschönigender Ausdruck für sozialen Neid ist, dann fehlt jede innere Berechtigung für einen Standpunkt, der den nicht notwendigen Verbrauch nur da besteuern will, wo größere Wertobjekte im Verbrauch der reichen Leute in Frage kommen. Wem seine Mittel es gestatten, täglich Champagner zu trinken, ohne den Vorwurf der Unwirtschaftlichkeit zu verdienen, der braucht nicht gewissermaßen vom Staate am Vermögen gestraft zu erscheinen gegenüber einem andern, der wenig Mittel hat, der aber täglich an Bier oder Schnaps mehr durch seine Kehle rinnen läßt, als seine Verhältnisse erlauben. Gerecht ist es also, den nicht notwendigen Verbrauch seinem Werte entsprechend zu besteuern, also den Champagner hoch, das Bier entsprechend geringer, weil die Wertverhältnisse es so erfordern, nicht aber den Champagner hoch, das Bier verschwindend gering oder gar nicht, weil der Champagner von reichen, das Bier von ärmern Leuten getrunken wird. Die Erkenntnis, daß, wenn erst einmal das Prinzip der Luxussteuer und damit eben die

Besteuerung des nicht notwendigen Verbrauchs anerkannt wird, es keineswegs gerechtfertigt ist, an dem nicht notwendigen Massenkonsum vorüberzugehen, beginnt jetzt immer weiter durchzudringen. Diese Einsicht hat auch Kreise erfaßt, die sich sonst einseitig auf den Gedanken der ausschließlichen direkten Besteuerung des Besitzes festgelegt hatten und gern mit Schlagworten wie dem berühmten „Pfeifchen des armen Mannes“ und ähnlichen arbeiteten.

Aus alledem ist zu erkennen, daß die allgemeinen Theorien, die man gern über die verschiedenen Besteuerungssysteme aufgestellt hat, immer nur beschränkten und zeitlichen Wert haben. Es ist aber wohl als ein Gebot der Klugheit anzusehen, bei Steuerproblemen neben dem rechnenden Verstand auch gewisse Zeitströmungen und Zeitanschauungen zu berücksichtigen und wenigstens innerhalb des Möglichen und Zeitlichen zu streben, daß die Leistungen für die Allgemeinheit den herrschenden Ideen und volkstümlichen Bedürfnissen angepaßt bleiben. So halten wir es für einen Fehler, in demselben Augenblick, wo man das Prinzip der Besitz- und Verbrauchssteuern in glücklicher Mischung verbinden, dadurch den auseinanderstrebenden Flügeln des Blocks die gegenseitigen Zugeständnisse erleichtern und einem neuen Verständnis für steuerpolitische Pflichten den Weg bahnen will, das mühsame Werk dadurch zu erschweren und zu gefährden, daß man als drittes noch die in unsrer Zeit besonders unangenehm empfundenen Verkehrssteuern heranziehen will. Wir wiederholen, es ist ein Fehler trotz allen vortrefflichen Gründen, die sich vom Standpunkt des praktischen Rechnens und des geschulten Steuertechnikers dafür anführen lassen. Ein Politiker, der dem Volke den Puls fühlt, wird dergleichen Vorschläge nicht machen. Denn im Verkehr der Entwicklung einen möglichst ungestörten Weg zu weisen und diese Vorteile voll zu genießen, ist der besondere Stolz unsers Zeitalters; man bringt lieber wo anders jedes mögliche Opfer als gerade hier. Das mag lächerlich und übertrieben aussehen, aber jede Zeit hat ihre Imponderabilien. Es wird einmal sehr wahrscheinlich die Zeit kommen, wo man die Kehrseiten eines schrankenlosen, übermäßig gesteigerten Verkehrs gerade vom Standpunkte der neuen Ideen eines künftigen Geschlechts stark empfinden wird. Aber jetzt sind wir noch nicht so weit; denn zwischen den Warnungen der heutigen Gegner des Verkehrs, der eine noch in der Entfaltung begriffene Erscheinung ist, und den Forderungen einer vielleicht künftig auftauchenden Gegenwirkung besteht selbst dann, wenn sie scheinbar gleichen Inhalts sind, ein gewaltiger Unterschied, der Unterschied einer absterbenden Kraft von einer erwachenden. Man sollte dieser Beobachtung Rechnung tragen. Wenn irgendwo ohne Schaden für den Staat die größte Weitherzigkeit in der Befriedigung der modernsten Forderungen herrschen kann, so ist es auf dem Gebiete des Verkehrs — und wenn anderwärts irgendwo durch kleinliche Beschränkungen und störende Lasten eine einfache Unüberlegtheit von gar nicht einmal besonders schlimmer Wirkung den Charakter besondrer Rückständigkeit gewinnt, so geschieht das ebenfalls auf demselben Gebiete. Erschwerungen und Belastungen des Verkehrs sollten also besonders dann vermieden werden, wenn man vor einer wichtigen Aufgabe steht, die an die Einsicht der Staatsbürger in ihre Verpflichtungen gegenüber der Allgemeinheit ohnehin schon große Anforderungen stellt.

Das erstreckt sich auch auf Maßregeln, die nicht eigentlich zur Steuerpolitik gehören. Ein offener Mißgriff ist es denn auch, wenn jetzt der Telephonverkehr von der Reichspostverwaltung ohne zwingende Gründe durch höhere Gebühren belastet werden soll. Gegen diese Neuordnung hat sich ein starker Widerstand erhoben, und es ist zu hoffen, daß der Reichstag diese Vorlage ablehnen wird. Aber wenn Versuche dieser Art in solchen Zeiten unternommen werden, wo es Sache des Staates sein müßte, sich durch richtige Beurteilung der Verkehrs-

bedürfnisse besondres Vertrauen zu erwerben, so wirkt das natürlich auch auf die Stimmung in Steuerfragen zurück.

Bei Erwähnung der Reichsfinanzreform ging Fürst Bülow in seiner Rede beim Festmahl des Deutschen Landwirtschaftsrats mit einigen Sätzen auch auf die auswärtige Lage ein. Er verzeichnete die günstigen Folgen des englischen Königsbesuchs in Berlin und äußerte sich mit Befriedigung über das deutsch-französische Marokkoabkommen, das den Horizont im Westen geklärt habe. An diese Worte hat sich nun noch ein eigentümliches Nachspiel geknüpft. Es ist bekannt, daß die Verhandlungen über eine Verständigung mit Frankreich hauptsächlich in Berlin geführt wurden. Hier war es natürlich der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Herr v. Schoen, der — selbstverständlich im Auftrage und im Sinne des Fürsten Bülow und auch unter seiner persönlichen Beteiligung — mit dem Botschafter der französischen Republik in Berlin, Herr Cambon, hauptsächlich zu verhandeln hatte. Aber Herr Cambon konnte nicht ohne Instruktionen aus Paris vom Minister Pichon handeln. Wer sich nun einigermaßen in die Natur und den Gang solcher Verhandlungen zu versetzen vermag, wird erkennen, daß in der Kette ein wichtiges Glied fehlt, wenn der französische Minister nur mit seinem Botschafter in Berlin verkehren kann und nicht auch an Ort und Stelle einen gut unterrichteten Vertreter der deutschen Interessen zur Verständigung zur Seite hat. Daraus ergibt sich von selbst, daß der deutsche Botschafter in Paris, Fürst Radolin, nicht ausgeschaltet werden konnte und sollte, sondern daß die Rolle des geschickten Sekundierens unter Umständen ebensoviel Gewandtheit und Erfahrung erforderte als die Führung der Verhandlungen selbst. Es ist weiter bekannt, daß sich der Kaiser sehr für die Verständigung mit Frankreich interessierte und daher über den Abschluß lebhafteste Befriedigung empfand. Die korrekte Form, in der er dies als Souverän den Franzosen gegenüber zum Ausdruck bringen konnte, war eine Ordensverleihung an den französischen Botschafter. So geschah es; Herr Cambon erhielt das Großkreuz des Roten Adlerordens. Einen Dank und Huldbeweis an die beteiligten deutschen Herren, Fürst Bülow, Herrn v. Schoen und Fürst Radolin, konnte der Kaiser natürlich in jeder beliebigen Form geben: das ist kein Regierungsakkt und kein persönlicher Eingriff; es wäre noch schöner, wenn der deutsche Kaiser der einzige Mensch wäre, der einem deutschen Manne nicht einen Dank aussprechen dürfte. Wie der Kaiser den beiden Herren gedankt hat, die hier in Berlin sind, und die er jeden Augenblick sprechen kann, wenn er will, ist nicht bekannt geworden; es geht auch niemand etwas an. An den Fürsten Radolin hat er eine Depesche geschickt, die durchaus persönlichen und privaten Charakter hatte und vom Botschafter auch nicht bekanntgegeben wurde. Es heißt, dieser Charakter der Depesche sei schon dadurch kundgegeben worden, daß sie nicht chiffriert gewesen sei. Jedenfalls wurde sie ohne Zutun des Fürsten Radolin im *Matin* veröffentlicht und mit einem Kommentar versehen, der unter Erweckung des Anscheins, als ob Fürst Radolin selbst dahinter stecke, andeutete, die Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich sei das Werk der persönlichen Politik des Kaisers, der sich dabei des Fürsten Radolin bedient habe, während Fürst Bülow mehr oder weniger ein Gegner dieser Lösung gewesen sei.

Es ist nicht nötig, diese unsinnige, tendenziöse Verdrehung eines sehr einfachen Tatbestandes noch besonders zu widerlegen. Unsern guten Nachbarn im Westen ist der Gedanke einer ruhigen, stetigen, von verantwortlichen Staatsmännern geleiteten deutschen Politik immer ein wenig unheimlich; dieser im Deutschen Reich verkörperte, kompakte, nach ihrer Vorstellung zugleich ehrgeizige und brutale Machtwille im Herzen Europas lastet auf ihnen. Der Kaiser aber beschäftigt ihre Phantasie, er

bringt das Element hinein, das sie brauchen, um in dieser vermeintlichen Gefahr zugleich einen Ansporn zu erhöhter Wachsamkeit und eine Beruhigung zu finden. Die natürliche Beunruhigung, die nach ihrer Auffassung in dem innerlich stets wachsenden Deutschen Reich ihren Ausgangspunkt hat, erscheint ihnen gemildert durch die künstliche Unruhe eines scheinbar persönlichen Regiments, das im Grunde Frankreich sympathisch gegenübersteht, im andern Falle aber wenigstens das Herz auf der Zunge trägt. Daher ist die Wendung vom November 1908 den Franzosen, besonders aber der französischen Presse, die früher so viel Interessantes aus Berlin zu melden wußte, höchst unbequem. Ein Kaiser, der seinem Kanzler Vertrauen schenkt und diesen die Geschäfte führen läßt, so wie es einmal festgesetzt worden ist — ein Kanzler, der für den Willen des Kaisers allein die politische Verantwortung trägt, ihm Gestalt gibt und ihn vertritt — das alles ist nichts für unsre guten Freunde an der Seine. Da muß eben mit allen Mitteln die Legende von dem über den Kopf des Kanzlers hinweg in die Politik eingreifenden Kaiser und von dem gegen die Intentionen des Kaisers handelnden, gegen seine eignen Untergebenen kämpfenden Kanzler wieder aufgewärmt werden.

Aber das bleibt doch wohl ein Privatvergnügen der Franzosen? Die deutsche Presse muß das doch auf den ersten Blick durchschauen und so viel Takt und politischen Verstand haben, auf diese Märchen nicht hineinzufallen! Ja, so sollte es sein, aber in Wirklichkeit ist es anders. Die Grenze, die z. B. in England sogar von den sensationslustigsten, mit faustdicken Unwahrheiten arbeitenden Blättern innegehalten wird, existiert bei uns für viele Blätter nicht. Nichts ist dumm genug, daß es nicht geglaubt, nichts schädlich genug, daß es nicht verbreitet wird, wenn es den Erzähler nur in den Ruf des Eingeweichtseins bringt und etwas bietet, was der blöden Menge Wasser auf die Mühlen des politischen Klatsches liefert. Man diskreditiert ein wichtiges Staatsabkommen, zieht es auf das persönliche Gebiet hinüber und beraubt es einerseits seiner Wirkungen, nur um eine Hintertreppengeschichte anbringen zu können und die Genugtuung zu genießen, daß im Geiste denkunfähiger Spießbürger mit dem bloßen Wort „Kaisertelegramm“ heillose Verwüstungen angerichtet werden. Nicht einmal ein vernünftiger Nebenzweck wird dabei erreicht, nur Schaden und Verwirrung um nichts und wieder nichts!

Reichskanzler und Bürgerkunde. Unser Mitarbeiter, der Regierungsrat Regenborn, der im Jahrgang 1907 der Grenzboten in einer Reihe vorzüglicher Artikel die Notwendigkeit einer systematischen politischen Bildung und staatsbürgerlichen Erziehung unsrer Jugend nachgewiesen hat, ist bemüht, auch durch Vorträge in weitem Kreise des Volkes für seine Ideen zu wirken. Nach einem solchen Vortrage ist von der Stadt Düsseldorf an den Reichskanzler das Gesuch gerichtet worden, für den bürgerkundlichen Unterricht tatkräftig einzutreten. Der Reichskanzler ist von der Wichtigkeit dieser Frage vollkommen überzeugt. In seiner Antwort sagt er: „Ich halte mit Ihnen die Bestrebungen, die sich eine höhere politische Schulung unsers Volkes zum Ziel setzen, für sehr bedeutungsvoll. Denn ich glaube, daß nichts mehr geeignet ist, die Freude am Vaterlande und die Bereitwilligkeit, ihm Opfer an Arbeit, Gut und Blut zu bringen, in den Deutschen wach zu halten und zu stärken, als die wachsende Erkenntnis des Wesens und der hohen Aufgaben des Staates und die Einsicht, welche Wohltaten ihm der einzelne verdankt. Ich habe eine Prüfung der Frage veranlaßt, inwieweit der Anregung an Fortbildungs- und Fachschulen, an mittlern und höhern Schulen und an den Hochschulen einen besondern

Unterricht in »Bürgerkunde«, die ja schon in das Programm für die Umbildung des Schulwesens aus dem Jahre 1889 aufgenommen war und in Seminarien sowie auch in höhern Knaben- und Mädchenschulen seit Jahren im Rahmen des Geschichts- und Geographieunterrichts gelehrt wird, einzuführen, Folge gegeben werden kann.“

Die Schwierigkeit liegt darin, daß wir zurzeit noch nicht genug Lehrer haben, die mit ihrer historischen Bildung von der Universität ein ausreichendes juristisches und staatswissenschaftliches Denken und Wissen mitbringen; denn die Bürgerkunde liegt auf dem Grenzgebiet zwischen Jurisprudenz, Staatswissenschaft und Pädagogik. Nicht jeder Historiker ist also geeignet, einen pädagogisch wertvollen Unterricht in der deutschen Bürgerkunde zu erteilen. Das ist auch der wesentliche Grund, daß sich manche höhern Schulen diesen neuen Ideen gegenüber völlig teilnahmslos oder gar ablehnend verhalten. Nach den Äußerungen des Reichskanzlers wird es nummehr Aufgabe der Universitäten sein, die Studierenden der Geschichte mit dem staatswissenschaftlichen und juristischen Rüstzeug zu versehen, das sie später im Lehramt geschickt macht, in den obern Klassen einen bürgerkundlichen Unterricht erfolgreich zu erteilen. Gerade dieses so lange vernachlässigte Gebiet der modernen Kultur enthält eine Fülle von Stoffen, an denen sich das logische Denken, die geistige Selbsttätigkeit und das politische Verantwortlichkeitsgefühl vortrefflich ausbilden lassen.

Der Theaterfreund in der Rutte. Wiederholt hatte ich in der Frankfurter Zeitung vom Münchner Franziskanerpater Expeditus Schmidt gelesen, der auf Vortragsreisen das Theater als Bildungsstätte empfiehlt und zum Entsetzen der Frommen sogar Ibsen lobt. Neulich hat er nun auch im katholischen Volksverein zu Reife gesprochen, und zwar über das Thema: Kirche und Theater. Er hat an den religiösen Ursprung des Dramas im heidnischen Griechenland wie im christlichen Mittelalter erinnert und zu zeigen versucht, daß die Loslösung der Bühne von den religiösen Idealen Verrohung zur Folge gehabt habe. Die Bühnenkunst habe, eben als Kunst, unbedingt ihre Berechtigung. Ihr Verderben rühre daher, daß sie nach Brot gehn und dem schlechten Geschmack des Publikums Rechnung tragen müsse, und diesem Übelstande könne nicht abgeholfen werden, solange nicht die Gesetzgebung das Theater als Kunststätte anerkenne. (Der Pater scheint, wenn ich den gedruckten Bericht über seinen Vortrag richtig verstehe, zu fordern, daß das Theater verstaatlicht werde, und zwar gewissermaßen als ein Annex, als eine Kapelle der Kirche.) Eine Hochblüte der Bühne sei vorläufig nicht zu erwarten, weil eine solche nur dort möglich sei, wo eine gemeinsame Weltanschauung Dichter, Zuschauer und Bühnenkünstler einige. Diese seien übrigens heute ein achtbarer Stand; anstrengende Arbeit Sorge dafür, daß ihr Verkehr untereinander nicht sittenmordend wirke. Die Gefahren drohten von außen, namentlich den Schauspielerinnen, würden jedoch in dem Maße schwinden, als die Gesellschaft den Schauspielern Rückhalt und Schutz gewähre. Schlimmer als das, was man gewöhnlich unter Gefährdung der Sittlichkeit verstehe, sei es, daß der Zwang zur Darstellung verschiedner Charaktere charakterlos machen könne.

C. J.

Proben neuer Mystik. Frederic Horace Clark wächst im Hause seiner Eltern auf, einige Meilen westlich von Chicago. Schon im dritten Lebensjahre ist ihm die Logosöreligion eingepflanzt worden, die ihn in dem Maße, als sich sein Geist entwickelt, immer tiefer durchdringt. Alle Geschöpfe umfaßt er als Offenbarungen Gottes mit Liebe und küßt des Abends vorm Schlafengehn die Kuh, die er gemolken, die Ponys, die er gefüttert, die Blumen, die er gepflegt hat. Eine

Tante unterrichtet ihn im Klavierspiel, was seine Großmutter mißbilligt, die, als Puritanerin, in der Musik eine Lockung des Teufels fürchtet. Dem Vierzehnjährigen fällt Liszts Galopp Chromatique in die Hände. Er spielt ihn und fühlt sich völlig umgewandelt. Er lebt nur noch in diesem Tonstück, die Menschen, die Ruh, die Ponzs, die Blume sind ihm ferngerückt, gleichgiltig. Hat er die Liebe zu Gott verloren, ist die Musik doch am Ende Teufelswerk? Der Zweifel macht ihn krank. Am fünften Tage leidets ihn nicht mehr im Bett. Ohne Erlaubnis des Arztes erhebt er sich, entfernt sich heimlich und sucht Trost beim Urgroßonkel, der, von der Großmutter als Ungläubiger verabscheut, einsiedlerisch in einer Höhle lebt. Der Greis sagt ihm, daß er auf dem rechten Wege sei und Liszt finden werde; Musizieren sei höchste Gottesliebe, Nächstenliebe nur Gottesdienst zweiten Grads. Zurückgekehrt, wird er von der Großmutter verwünscht, flieht nach Chicago, wo ihn Mutter und Vater vergebens aufsuchen, verdient so viel, daß er ein Zwischendeckbillet nach Rotterdam lösen kann, wo er nach stürmischer Überfahrt ankommt. Zudringliche Helfer bringen ihn bevormundend gegen seinen Willen in den Zug nach Leipzig; dort stellt er sich zur Prüfung im Konservatorium ein. Während über die Behandlung, die sein Liszt erfährt, läuft er vom Flügel weg und rennt, nachdem er von einem Musikalienhändler ein Bild Liszts und eine Visitenkarte mit einer empfehlenden Bemerkung geschenkt bekommen hat, vom Rosental aus nach Weimar. Hier setzt er sich vor Liszts Haus, auf sein Erscheinen wartend. Eine Frau fragt ihn, was er wolle: „Zu Liszt.“ „Der ist in Rom.“ Von seiner Liebe und seinem Schmerz gerührt, führt sie ihn ins Haus, wo er, an Liszts Bette kniend, lange weint. Dann rennt er nach Rom, im Freien oder in Ställen übernachtend, manchmal auch von guten Wirtzleuten beherbergt, und trifft er Gelegenheit, den Gästen etwas aufzuspielen, so kann er dann wohl einmal ein Nachtquartier bezahlen. Mitten im Winter allein übers Stillsfer Joch, trotz allem Mahnen der Bauern und der Führer in Traso! Beim ersten Versuch wird er von Führern, die ihm nachgegangen sind, erstarbt auf dem Schnee gefunden und zurückgetragen. In Rom wartet er vor dem Kloster, worin Liszt wohnt. Dieser tritt in Begleitung eines Mönchs heraus. Dem Vorübergehenden küßt Frederic den Mantelsaum, ohne etwas zu sagen, und legt sich dann, berauscht von dem Glück, Liszt gesehn zu haben, in die Sonne, ein Stündlein zu träumen. Dann macht er sich auf, Liszt um eine Unterredung zu bitten. Ja, der war vor einer Stunde zum Bahnhof gegangen und nach Salerno gefahren! Also auf nach Salerno! Dort wird er von dem Angebeteten mit der seiner Liebe entsprechenden Zärtlichkeit empfangen und nach Weimar mitgenommen. Nachdem ihm hier Liszt das Geheimnis seiner Technik offenbart hat, schickt er ihn nach Leipzig aufs Konservatorium. Mit der Autobiographie, von der wir einen kurzen Auszug gegeben haben, leitet Clark sein (bei Chr. Bieweg, Berlin-Großlichterfelde, 1907 erschienenen) Buch: Liszts Offenbarung, Schlüssel zur Freiheit des Individuums ein. Die „Offenbarung“ besteht aus zwei ineinander verflochtenen Offenbarungen, der religionsphilosophischen, die eben eine Probe der modernen Mystik ist, und der technischen. Jene enthält manches Schöne und manches Bedenkliche, Überschwängliche; jedenfalls ist sie zu einseitig, als daß sie je brauchbar werden könnte; über diese muß man die Klavertechniker urteilen lassen. Ihr Wesentliches ist, wenn ich Clark recht verstehe, daß die Tasten nicht durch Bewegungen des Unterarms mit gekrümmten Fingern geschlagen, sondern vom Schultergelenk aus mit wagerecht gestrecktem Arm gedrückt werden sollen. Der Klavierlehrer Deppe sagte ihm: „Sie sind überhaupt kein Künstler, Sie sind ein Enthusiast, ein Träumer.“ Helmholz, Herman Grimm, Reuleaux, Gucken haben seine Ideen beachtenswert gefunden.

Die Konzertberichterfasser nennen sein Spiel eindrucksvoll und originell. — Zahlreicher als die Kunstmystiker sind heute die Geister, die mit der modernen Naturerkenntnis Gott oder das Ding an sich sozusagen leibhaftig packen wollen, zu ihnen gehört auch Edward Carpenter, der sein neuestes, von Karl Federn übersetztes Buch *Die Schöpfung als Kunstwerk*, *Abhandlungen über das Ich und seine Kräfte*, betitelt (Jena, Eugen Diederichs, 1908). Daß Carpenter die materielle Welt als Schöpfung des Geistes darstellt und die „tote Materie“ ebenso wie das „unbewußte Denken“ für Unsinn erklärt, macht ihn uns sympathisch. Die Art und Weise freilich, wie er sich das allgemeine große Ich denkt und das kleine Individualität mit ihm verknüpft, kann uns nicht befriedigen; doch finden wir seine Betrachtungen über den Rassegeist, über das niedere und das höhere Ich im Menschen, über die Realität der Götter und der Teufel, die Personifikationen des Rassenempfindens seien, recht geistreich und lesenswert.

Odysee. Von der im 50. (vorjährigen) Heft angezeigten Neuauflage des Bossischen Homers von Hans Feigl ist jetzt (bei Carl Koeneg und Ernst Stämpnagel in Wien) auch die *Odysee* erschienen.

Für die Herausgabe verantwortlich Karl Weisser in Leipzig
Verlag von Fr. Wih. Grunow in Leipzig — Druck von Karl Marquart in Leipzig

Instinkt und Gewohnheit

**** von C. Lloyd Morgan, F. R. S. ****

Professor der Zoologie am University College in Bristol

Autorisierte deutsche Übersetzung von Maria Semon

Mit 1 Titelbild [VII u. 396 S.]. Geh. 5 *M.*, in Lwd. geb. 6 *M.*

Soeben erschienen!

*Ein wertvoller Beitrag
* zur Tierpsychologie **

Das Werk des berühmten amerikanischen Gelehrten, das hier in deutscher Übersetzung geboten wird dürfte in allen Kreisen, die dem so hochinteressanten und wichtigen Gebiete der Tierpsychologie Interesse entgegen bringen, lebhaftes Aufsehen erregen und sich rasch Bürgerrecht erwerben. Durch seine anziehende fesselnde Sprache für ein großes Publikum bestimmt, wird auch der auf diesem Gebiete tätige Fachmann nicht daran vorübergehen können, denn trotz aller Gemeinverständlichkeit fußt das Morgansche Werk auf dem Boden strengster Wissenschaftlichkeit. An der Hand des reichhaltigsten Beobachtungsmaterials sowie durch eine Reihe von Experimenten wird festgestellt, welche komplizierten Fähigkeiten ein Geschöpf fix und fertig, d. h. also Instinkt mit auf die Welt bringt, und was das Tier erst durch häufig wiederholte Ausübung im individuellen Leben lernen muß, damit es ihm auf dem Wege der Erfahrung zur Gewohnheit wird. Es wird sodann der Einfluß der Verstandestätigkeit, ferner der Nachahmung auf die Erwerbung von Gewohnheiten untersucht, die Beziehung der Affekte zu den Instinkten erörtert. Die Vergleichung der körperlichen Entwicklung mit der geistigen führt zu der Frage, ob erworbene Eigenschaften vererbt werden können, und diese Frage wird im Schlußkapitel in der engeren Fassung untersucht, ob beim Menschen individuell erworbene Gewohnheiten durch Vererbung instinktiv werden können. — Das Buch schließt mit einem Ausblick auf den Fortschritt der menschlichen Rassen und Gesellschaft und zieht zu diesem Thema verschiedene Äußerungen geistig hervorragender Persönlichkeiten heran. — Ausführlicher Prospekt umsonst und postfrei vom Verlag

B. G. TEUBNER IN LEIPZIG UND BERLIN